

Chronik des Bundestages

Wochen vom 4. bis 6., vom 11. bis 13. und vom 18. und 19. 12. 1974

Verabschiedete Gesetze

Datum	Gegenstand	Abstimmung
5. 12. 1974	28. Änderung des Lastenausgleichsgesetzes Regierungsvorlage: Gleichstellung der Zonenflüchtlinge mit den Vertriebenen bei Vermögensschäden: 1,3 Milliarden DM Kosten — Zusatzantrag CDU/CSU auf Verlängerung der Antragsfrist für Spätaussiedler auf 10 Eingliederungsdarlehen.	einstimmig angenommen aber CDU/CSU- Antrag von der Koalition abgelehnt
	Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes	einstimmig angenommen
	Ablehnung des CDU/CSU-Entwurfs zur gleichen Materie in 2. Lesung	
	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	einstimmig angenommen
	Gesetz zum Abkommen mit Kanada über Luftverkehr	einstimmig angenommen
	Energiesicherungsgesetz 1975 — Befristung auf 5 Jahre	einstimmig angenommen
11. 12. 1974	Regierungsvorlage Hochschulrahmengesetz Ausräumung der Feststellung des Haushaltsausschusses, daß keine Deckung vorliegt, durch die Mehrheitsbehauptung „die tatsächlich erkennbare Belastung des Bundeshaushalts durch die Gesetzesvorlage müssen Sie schon mit der Lupe suchen“.	gegen CDU/CSU angenommen

Datum	Gegenstand	Abstimmung
12. 12. 1974	<p>Hochschulrahmengesetz — 2. u. 3. Lesung CDU/CSU hatte in den Ausschußberatungen von der Koalition erreicht: Verzicht auf integrierte Wahlen, Verzicht auf ausschließliche Öffentlichkeit aller Beratungen der Hochschulgremien, Verankerung des Leistungsgedankens, die Habilitation als Regelvoraussetzung für Hochschullehrer, Verbesserung des Hochschullehrernachwuchses, Verstärkung des Leistungsgedankens bei der Bewertung des Abiturs beim Hochschulzugang, Einvernehmen über Regelstudienzeit.</p> <p>In der 2. Lesung wurden 11 Abänderungsanträge zu wichtigen zentralen Fragen von der CDU/CSU gestellt und alle ohne Ausnahme abgelehnt. Da das Gesetz zustimmungspflichtig ist, liegt die Entscheidung jetzt beim Bundesrat.</p>	<p>bei 4 Enthaltungen gegen CDU/CSU angenommen</p>
	<p>7. Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften — Anpassung des Beamtenrechts an die neue Kindergeldregelung</p>	<p>einstimmig angenommen</p>
	<p>Änderung des Umsatzsteuergesetzes und des Aufwertungsausgleichsgesetzes ein gleichlautender CDU/CSU-Entwurf wird in 2. Lesung abgelehnt.</p>	<p>einstimmig angenommen</p>
	<p>Einführungsgesetz zum Einkommensteuerreformgesetz Änderung des Mineralölsteuergesetzes 1964 Verlängerung des völlig seines erklärten Zwecks beraubten Gesetzes als reine Fiskaleinnahme</p>	<p>einstimmig angenommen gegen CDU/CSU angenommen</p>
12. 12. 1974	<p>Gesetz zu dem Abkommen mit Rumänien über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr</p>	<p>einstimmig angenommen</p>
	<p>Gesetz zu dem Vertrag mit Jugoslawien über gegenseitige Unterstützung bei Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften</p>	<p>einstimmig angenommen</p>
	<p>Gesetz zu dem Abkommen mit Trinidad und Tobago zur Vermeidung der Doppelbesteuerung</p>	<p>einstimmig angenommen</p>
	<p>Gesetz zu dem Abkommen mit Polen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung</p>	<p>einstimmig angenommen</p>

Datum	Gegenstand	Abstimmung
	Gesetz zu dem Abkommen mit der Republik Sam- bia zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	einstimmig angenommen
	Gesetz zu dem Abkommen mit Rumänien zur Ver- meidung der Doppelbesteuerung	einstimmig angenommen
	Gesetz zu dem Vertrag und den USA über die ge- genseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen	einstimmig angenommen
	Gesetz über den rechtlichen Status der Bundeswas- serstraße Saar	einstimmig angenommen
	Gesetz zum Internationalen Übereinkommen über zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschä- den und über Errichtung eines internationalen Fonds zur Entschädigung von Ölverschmutzungsschäden	einstimmig angenommen
	Gesetz über die Finanzierung ölpreisbedingter Zahlungsbilanzdefizite von Mitgliedsstaaten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft insgesamt 3 Milliarden Dollar bei einem mögl. Risiko für die Bundesrepublik zwischen 22,02 minimal und 60 % maximal	einstimmig angenommen
18. 12. 1974	<p>1. Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts Das Gesetz faßt das 1. und das aus aktuellen Gründen nachgeschobene 2. Gesetz zur Reform des Strafverfahrens zusammen. Es bindet bei Miß- brauch der Rechte des Verteidigers eine Aus- schlußmöglichkeit an das kaum erfüllbare Krite- rium des vollen Nachweises der Beteiligung an einer Straftat, der Begünstigung oder der Hehleri. Das gleiche gilt für die Überwachung des Ver- kehrs zwischen Anwalt und Beschuldigtem — aus dem 1. Entwurf stammt die Beschränkung auf höchstens 3 Verteidiger für einen Angeklagten, das Verbot gemeinschaftlicher Verteidigung für mehrere Angeklagte, Verhandlung in Abwesenheit bei bewußter Herbeiführung der Verhandlungs- unfähigkeit, Wahlmöglichkeit von religiös-neutra- ler Eidesformel für Zeugen, Verminderung der Ge- fahren für Kinder als Zeugen bei Verfahren und besserer Schutz vor Verfahrensstörungen.</p>	einstimmig angenommen

Datum	Gegenstand	Abstimmung
	Gesetz zum Vertrag mit Österreich über die gemeinsame Staatsgrenze	angenommen
	Gesetz über Statistik der Straßen in den Gemeinden	einstimmig angenommen
	Gesetz zum Vertrag mit Norwegen über Transport von Kohlewasserstoffen durch Rohrleitungen nach Deutschland	angenommen
	2. Lesung der 27. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz — Initiative der CDU/CSU-Länder	abgelehnt
19. 12. 1974	Förderung von Investitionen und Beschäftigung und Änderung des Investitionszulagengesetzes und Gesetz über Investitionszuschüsse für gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen Die CDU/CSU versuchte den gesamten sozialen Wohnungsbau einzubeziehen und stimmte nach Ablehnung all ihrer Versuche gegen diese ideologische Tendenz.	bei 2 Enthaltungen angenommen bei 2 Enthaltungen angenommen mit den Stimmen der Koalition gegen die CDU/CSU angenommen

Sonstige Tagesordnungspunkte

- 5. 12. 1974** Bericht des Wehrbeauftragten und Debatte
- 11. 12. 1974** Regierungserklärung über Gespräch in Washington, New York, Pariser Konferenz und Gespräche mit der DDR und Debatte dazu
- 12. 12. 1974** Große Anfrage der CDU/CSU betr. Wiedereingliederung körperlich, geistig und seelisch Behinderter in Gesellschaft, Arbeit und Beruf
- 13. 12. 1974** Regierungserklärung über Maßnahmen zur konjunkturellen Situation mit Antrag über zusätzliche Bundesausgaben zur Förderung der Konjunktur
- 19. 12. 1974** **Regierungserklärung** über die NATO-Ratstagung
Aktuelle Stunde über „Verhandlungen und Gespräche mit der DDR“ — dabei Ausfälle des Kanzlers und Wehners gegen die CDU/CSU